

Der EU-Gipfel hat den Euro-Rettungsschirm über das Jahr 2013 hinaus verlängert und auf 700 Milliarden vergrößert. Siebenundzwanzig Prozent davon sollen deutsche Steuerzahler beitragen. 22 Milliarden als Bar-Einlage und weitere 163 Milliarden als Bürgschaft. Damit europäische Staaten diesen Rettungsfonds nicht als Einladung zum Schuldenmachen verstehen, hatte Bundeskanzlerin Merkel gefordert, es müsse auch einheitliche wirtschaftspolitische Regeln für die Euro-Länder geben. Doch die sind vage geblieben. Und ein wesentlicher Punkt, der gerade zu Beginn der Finanzkrise vom damaligen deutschen Finanzminister Peer Steinbrück gefordert wurde, ist fast völlig in Vergessenheit geraten. Die Bekämpfung einer wesentlichen Ursache des ganzen Finanz- und Schuldendesasters.

Griechenland gilt als weitgehend pleite – die Griechen selber nicht unbedingt. Das zeigt ein Blick in griechische Häfen. Wer hier eine Luxusyacht kauft, muss bis zu 40 Prozent Luxussteuer zahlen – ein lohnendes Ziel für Steuerfahnder. Denn nach Auskunft griechischer Finanzbehörden sind die meisten hier liegenden Yachten ohne Steuern gekauft, mit Schwarzgeld bezahlt. Es ist in Griechenland fast so verbreitet wie der Euro. Auch in Restaurants oder Tankstellen wurde jahrzehntelang am liebsten ohne Quittung verkauft. Selbst griechische Steuerbehörden schätzen, dass mindestens 25 Prozent aller griechischen Umsätze am Finanzamt vorbeilaufen. Diese Schattenwirtschaft wurde zum doppelten Problem: Ein gesundes Land - ohne Schattenwirtschaft - hat ein großes BIP und dank hoher Steuereinnahmen relativ wenig Schulden. Wenn nun in Griechenland ein Viertel aller Umsätze als Schattenwirtschaft am Finanzamt vorbei laufen, wachsen natürlich die Staatsschulden. Und das als Vergleich herangezogene Bruttoinlandsprodukt wirkt gleichzeitig kleiner als es ist – die Schulden im Vergleich noch größer. Das Land wird zum Pleitekandidat. Gleichzeitig fließt jede Menge Schwarzgeld aus Griechenland heraus. Nach Schätzung amerikanischer Experten allein in den letzten zehn Jahren 160 Milliarden Euro. Das steuerfrei kassierte Geld wird angelegt, vor dem Staat versteckt, in einem Steuerparadies. Nun ist der Staat fast pleite und muss für Kredite extrem hohe Zinsen zahlen. Was macht also der kluge Steuerhinterzieher? Er investiert – von der Steueroase aus - in griechische Staatsanleihen und kassiert die hohen Zinsen. Der Staat Griechenland ist doppelt gekniffen, weil der Schwarzgeldbesitzer für diese Gewinne schon wieder keine Steuern zahlt.

Eine absurde Konstruktion? Nicht unbedingt. So besitzt der reichste griechische Staatsbürger, Spiros Latsis, unter anderem eine eigene Bank, die ihren Sitz bis vor kurzem in der Schweiz hatte. Dank Bankgeheimnis kann niemand wissen oder gar beweisen, ob dort Schwarzgeld liegt. Fest steht nur, dass allein diese Schweizer Bank des griechischen Staatsbürgers griechische Staatsanleihen im Wert von 12 Milliarden Euro besitzt. Dank EU-Rettungsschirm relativ risikolos. Der Sitz der Bank wurde - kurz vor Inkrafttreten der europäischen Garantie - nach Luxemburg verlegt, ein EU-Land, in dem ebenfalls striktes Bankgeheimnis und niedrige Steuersätze gelten.

Griechenland als Spitze des Eisberges

Dabei ist Griechenland zwar ein Extrembeispiel, doch die weltweit florierenden Steueroasen gefährden inzwischen die Stabilität vieler Volkswirtschaften. Das sagt ein Mann, der es wissen muss: Der Finanzexperte John Christensen, der im Steuerparadies Jersey, britischen Kanalinsel, mehr als ein Jahrzehnt als finanzpolitischer Berater der Regierung tätig war. „Bei den Steueroasen geht es nicht nur um Schwarzgeld und Steuersparen, sie sind auch zentrale Anlaufstellen für Hedgefonds, Banken und anderen Finanzinstitute arbeiten. Was sie so gefährlich macht, ist eine Kombination aus zwei Dingen: erstens fehlende Transparenz ihrer Arbeit und zweitens die Möglichkeit in einem sehr unregulierten Umfeld zu arbeiten.“ Wie sehr die internationalen Geldströme inzwischen mit den Steueroasen verknüpft sind, hat auch der Internationale Währungsfonds untersucht. Er untersuchte - wieder am Beispiel Griechenland - so gut es die Datenlage zuließ, alle aus dem Land heraus und hereinströmenden Zahlungen. Er fand ein fast undurchschaubares Netz von Geldflüssen – verbunden mit Ländern aus allen Kontinenten von Deutschland, Portugal, Spanien, England über asiatische,

amerikanische und afrikanische Staaten. Aber der größte Teil davon lief über Steuerparadiese. Von Jersey. Guernsey über die Cayman Islands, Luxemburg bis Irland.

Auch Steueroasen können pleitegehen

Irland, das zweite Land, das mit EU-Geldern gerettet werden musste, eine Steueroase? Tatsächlich. Der Staat hat mit niedrigen Steuersätzen und sehr lockerer Bankenaufsicht jahrzehntelang Gelder, Banken und Hedgefonds aus aller Welt angelockt. Als dann die Finanzkrise ausbrach, musste der irische Staat seine Banken mit Milliardenbeträgen vor der Pleite retten und ist daran selbst pleite gegangen. Dabei war die Finanzkrise zwar durch geplatzte Immobilienkredite in Amerika ausgelöst worden. Dass daraus aber verheerende Banken- und später Euro-Krise werden konnte, hat ebenfalls vor allem mit den lockeren Bankenaufsicht und sehr bankenfreundlichen Vorschriften zu tun, den Markenzeichen der Steuerparadiese. John Christensen bezeichnet sie als 'Antrieb des Chaos' in den globalisierten Finanzmärkten. "Denn sie erzeugen durch Bankgeheimnis und lasche Regulierung eine extreme Intransparenz, weil niemand weiß was in diesen in diesen extrem komplexen Strukturen passiert."

Steueroasen als Turbolader der Finanzkrise

Zum Beispiel die deutsche Hypo-Real-Estate. Sie hat Geschäfte gemacht, die unter den Augen der deutschen Bankenaufsicht gar nicht möglich gewesen wären. Also verlegt man die riskantesten Geschäfte in Tochtergesellschaft nach Irland, wo nicht nur niedrigere Steuersätze sondern auch schwächere Vorschriften gelten. Am Ende waren die ausgelagerten Geschäfte so riskant und teuer, dass die HRE pleite war. Und das kann sich jederzeit wiederholen. Denn eine Steueroase wäre keine Steueroase, wenn nicht ein strenges Bankgeheimnis die Gelder und Geldflüsse gut verstecken würde. Selbst wenn die Länder, in denen eine Bank ihren Hauptsitz hat, strenge Regeln und eine starke Bankenaufsicht haben, bleibt die vergleichsweise machtlos. Die wirklich riskanten Geschäfte, die kaum besteuerten Gewinne, die wirklich gefährlichen Risiken liegen ja gut versteckt in einer Steueroase, in einer dort eigens gegründeten Tochtergesellschaft. Die potentiellen Verlustbringer tauchen - wie bei der HRE - erst auf, wenn es zu spät ist und der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird.

Wie man Steueroasen bekämpfen könnte.

Weltweit einheitliche Steuersätze wird es wahrscheinlich niemals geben. Laut John Christensen wäre aber schon viel gewonnen, wenn es eine einheitliche Bemessungsgrundlage für Steuern gäbe. Wenn also einheitlich geregelt wäre, was überhaupt als Gewinn angerechnet würde. Noch wichtiger wäre Transparenz und Datenaustausch. Und zwar nicht nur – wie bisher in vielen Verhandlungen mühsam vorangetrieben – bei der Fahndung nach Schwarzgeld, sondern für alle internationalen Geldflüsse. Den größten Effekt könnten die um Stabilität bemühten Staaten erzielen, wenn internationale Konzerne, insbesondere Banken, ihre riskanten Geschäfte nicht mehr in eigens zu diesem Zweck in Steueroasen gegründete Tochtergesellschaftern auslagern könnten, sondern deren Risiken in der Bilanzen offen legen müssten. Doch während es längst weltweit gültige Verträge zur Bekämpfung von Wettbewerbsschranken gibt, haben weder die G20, noch die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds genug Macht um Regelungen für mehr Transparenz oder Regulierung durchzusetzen. John Christensen glaubt, dass die EU genug Macht hätte, das zu ändern. Doch dazu müsste es in der EU selbst erst Einigkeit geben. Doch davon ist die EU weit entfernt. John Christensen sieht dafür zwei Ursachen, zum einen eine sehr erfolgreiche Lobbyarbeit der Banken und Hedgefonds - vor allem aber inner-europäische Gründe. "Es gibt sehr mächtige Mitglieder der EU, wie England mit den Kanalinseln, Irland und Luxemburg, die selbst Steueroasen sind und ihre eigenen Interessen durchsetzen, gegen die Interessen der europäischen Bürger."

Das Ergebnis: statt gegen die tiefliegenden Ursachen der Finanz- und Eurokrise vorzugehen, genehmigt der EU-Rat immer neue Milliarden zur Rettung der Steuerhinterziehungshochburg Griechenland, der Steueroase Irland und den Zockerbanken in ganz Europa.